



Stadt Weilheim i.OB

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES - SONDERSITZUNG ENTLASTUNGSSTRAÙE

Sitzungsdatum: Dienstag, 15.10.2019
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:45 Uhr
Ort: Stadthalle Weilheim

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

1. Bekanntgaben
2. Entlastungsstraße - Vorstellung der Ergebnisse des Informations- und Dialogprozesses sowie der Projektabstimmung mit dem Bundesverkehrsministerium
3. Anträge zur Verkehrsentslastung
 - 3.1 Antrag der Stadtratsfraktion Freie Wähler vom 04.09.2019
 - 3.2 Gegenantrag der FDP vom 05.09.2019 zum Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 04.09.2019
4. Anfragen, Dringlichkeitsanträge
 - 4.1 Anfragen, Dringlichkeitsanträge - Antrag der CSU-Fraktion auf "Ergänzende Berechnung der Entlastungswirkung der kurzen Westvariante bei angeschlossenen Gewerbegebieten"
 - 4.2 Bitte der CSU-Fraktion um Auskunft zur Terminplanung einer Bürgerbefragung
 - 4.3 Anfragen, Dringlichkeitsanträge - Anfrage Stadträtin Gebauer-Merx zur Untersuchung des Nutzen-Kosten-Verhältnisses vom 15.10.2019

Erster Bürgermeister Markus Loth eröffnet um 19:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Stadtrates - Sondersitzung Entlastungsstraße und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Erster Bürgermeister Markus Loth begrüßt die Besucher und geht kurz auf den diesjährigen Informations- und Beteiligungsprozess zur Entlastungsstraße des Staatlichen Bauamts Weilheim ein. Die bereits angekündigte Bürgerbefragung solle jetzt auch angegangen werden.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1 Bekanntgaben

2 Entlastungsstraße - Vorstellung der Ergebnisse des Informations- und Dialogprozesses sowie der Projektabstimmung mit dem Bundesverkehrsministerium

Mitteilung:

Im Rahmen der Sondersitzung zur „Entlastungsstraße Weilheim“ wird das Staatliche Bauamt Weilheim (vertreten durch Behördenleiter Herrn Uwe Fritsch und Abteilungsleiter Herrn Andreas Lenker) die Ergebnisse des bisherigen Informations- und Dialogprozesses zur Entlastungsstraße Weilheim sowie die Ergebnisse der bislang erfolgten Projektabstimmungen mit dem Bundesverkehrsministerium vorstellen.

Der diesjährige Beteiligungsprozess zur Entlastungsstraße Weilheim umfasste bislang vier Infomärkte für die Bürgerinnen und Bürger in der Stadthalle (im Juni), vier Themenabende mit Vertretern der Kommunen, Bürgerinitiativen, Verbänden und Politik im Staatlichen Bauamt (im Juli) und zusammenfassende Informations- und Dialogausstellungen in der Sparkasse Oberland (September und Oktober) sowie im Rahmen der Oberland-Ausstellung in Weilheim (Oktober).

Begleitend zum Beteiligungsprozess in Weilheim und einer aktuell erstellten Nutzen-Kosten-Analyse der in die engere Wahl kommenden Trassenvarianten hat das Staatliche Bauamt Weilheim Projektabstimmungen mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur vorgenommen. Die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und der Projektabstimmungen wird das Staatliche Bauamt im Rahmen der Sondersitzung präsentieren und erläutern.

Über die weitere zwischen Staatlichen Bauamt und Stadt Weilheim abgestimmte Vorgehensweise und auch über die geplante Bürgerbefragung zu den Trassenvarianten für eine Entlastungsstraße Weilheim soll diskutiert werden.

Verlauf der Stadtratssitzung am 15.10.2019

Alle aktuelle Untersuchungen und die Präsentation des Staatlichen Bauamts Weilheim sind abrufbar unter www.stbawm.bayern.de.

Herr Lenker, Abteilungsleiter für Straßenbau am Staatlichen Bauamt Weilheim, stellt die überarbeiteten animierten Visualisierungen der fünf Trassenvarianten dar, die dem Betrachter sehr anschaulich die möglichen Straßenverläufe für eine Entlastungsstraße in Weilheim zeigen.

Anschließend geht Herr Lenker auf die Ergebnisse der Nutzen-Kosten-Analyse des Ingenieurbüros IVV ein. Die Nutzen-Kosten-Verhältnisse der fünf Trassenvarianten (mit Untervarianten insgesamt 8 Varianten) liegen in einer Spannweite von 0,92 (Zentrumstunnel) bis 6,15 (ortsnahe Ostumfahrung ohne Tunnel). Laut Herr Fritsch sei der Zentrumstunnel aufgrund seines NKV-Wertes <1 aus Sicht des Bundesverkehrsministeriums und des Staatlichen Bauamts Weilheim nicht bauwürdig, weil er keine realistische Alternative darstellt. Herr Fritsch empfiehlt dem Weilheimer Stadtrat im Hinblick auf die anstehende Bürgerbefragung nicht über die Variante Zentrumstunnel abstimmen zu lassen, weil diese Trassenvariante keine Chance auf tatsächliche Realisierung enthält. Dennoch würde man den Zentrumstunnel der Vollständigkeit halber auch weiterhin bei der Ergebnisbetrachtung mit berücksichtigen.

Herr Fritsch betont, die vorliegende Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sei als ein weiterer Baustein im Rahmen der gesamten Bewertungsmatrix zur Entlastungsstraße zu verstehen. Dieser Belang sei gleichwertig neben den Ergebnissen der Verkehrsuntersuchung und der Umweltverträglichkeitsprüfung zu betrachten.

Herr Fritsch fordert abschließend den Weilheimer Stadtrat und die Stadt Weilheim dazu auf, einen klaren Mehrheitswillen für eine Trassenvariante zu formulieren.

Hierbei sollten keine „Luftschlösser“ entstehen, sondern realistische Möglichkeiten ins Auge gefasst werden. Über die unterschiedlich aufwändigen Ausbaustufen von „Wunschvarianten“ könne man mit dem Bund in Verhandlung treten.

Es folgen zahlreiche Wortmeldungen und Statements aller Fraktionen. Alle Fraktionen begrüßen die geplante Bürgerbefragung und möchten gerne bei deren Ausarbeitung einbezogen werden. Auch besteht Einigkeit darüber, im Rahmen der Bürgerbefragung die grundsätzliche Frage zu stellen: „Sind Sie dafür, dass Weilheim eine Entlastungsstraße bekommt? Ja/Nein.“

Trotz der eindeutigen Empfehlung des Staatlichen Bauamts Weilheim, nicht über den Zentrumstunnel abstimmen zu lassen, ist der Mehrheitswunsch des Gremiums diese Trassenvariante in die Bürgerbefragung mit aufzunehmen. Im Falle die Bürger/innen tatsächlich deutlich den Zentrumstunnel favorisieren sollten, würde laut Einschätzung von Herrn Fritsch keine Einigung mit dem Bundesverkehrsministerium zustande kommen und in Konsequenz keine Entlastungsstraße für Weilheim gebaut werden.

Eine Anregung aus dem Gremium ist, bei der Bürgerbefragung ein Quorum festzulegen, ab wann die Abstimmung Gültigkeit erlangt.

Zur Kenntnis genommen Ja 31 Nein 0 Anwesend 31

3 Anträge zur Verkehrsentlastung

3.1 Antrag der Stadtratsfraktion Freie Wähler vom 04.09.2019

Ö 64/2019

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 04.09.2019 stellte die Stadtratsfraktion Freie Wähler folgenden Antrag zur Verkehrsentlastung in Weilheim:

„Der Stadtrat möge beschließen das staatliche Bauamt aufzufordern, sämtliche Planungen zur Verkehrsentslastung zu Umgehungsstraßen im Osten oder Westen von Weilheim mit sofortiger Wirkung einzustellen und ausschließlich die verschiedenen Varianten der Unterfahrungen bzw. Tunnellösungen weiter zu untersuchen.

Begründung:

Bezugnehmend auf den Brief von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger zur Flächensparoffensive des Freistaates Bayern, der am 8. August 2019 im Rathaus Weilheim eingegangen ist und an alle Stadträte weitergeleitet wurde, möchten wir unseren Antrag zur sofortigen Einstellung sämtlicher oberirdischer Planungen zur Verkehrsentslastung durch Umgehungsstraßen mit hohem Flächenverbrauch begründen.

Die Staatsregierung will den Flächenverbrauch in Bayern binnen zehn Jahren halbieren, lehnt eine gesetzliche Obergrenze für neue Siedlungs- oder Verkehrsflächen aber weiter ab.

Daher stehen wir als Weilheimer Stadtrat in der Verantwortung, den Flächenverbrauch der Stadt Weilheim auf das notwendige Maß zu reduzieren.

Die Verkehrsentslastung der B2 im Bereich der Stadt Weilheim ist seit dem Jahr 2016 im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans. Derzeit werden durch das staatliche Bauamt verschiedene Trassenführungen der Umfahrung bzw. Unterfahrung/Untertunnelung untersucht.

Die bereits erfolgten Zwischenberichte im Stadtrat sowie in der Stadthalle vermittelten den Eindruck, dass Umfahrungen in Ost und West aus Kostengründen einer Tunnellösung vorzuziehen seien.

Die Aspekte Naturschutz und die Vermeidung von Flächenfraß schien uns bisher nur nachrangig und zu wenig berücksichtigt.

Unser Ziel muss es sein, den Flächenverbrauch im Straßenbau zu reduzieren, die Verkehrsinfrastruktur aber dennoch leistungsfähig und sicher auszubauen!

Eine weitere Untersuchung der Ost- und West-Varianten ist aus Gründen des Umweltschutzes und zur Vermeidung von Flächenfraß nicht mehr zeitgemäß. Die weitere Verwendung von Steuermitteln zu Untersuchungen in Richtung Umfahrungen ist daher umgehend einzustellen.

Der Umweltaspekt hat gegenüber dem finanziellen Aspekt deutlich Vorrang. Daher soll das staatliche Bauamt bei der Prüfung der Varianten zur Weilheimer Verkehrsentslastung ausschließlich die Unterfahrungs- und Tunnelvarianten prüfen.

Wir wollen mit unserer bayerischen Natur und unseren einzigartigen Landschaften verantwortungsvoll umgehen und den Flächenverbrauch so wirkungsvoll wie möglich verringern.

Fehler der Vergangenheit dürfen sich nicht wiederholen, Flächenverschwendung darf es nicht mehr geben.“

Über den Antrag ist zu beraten und zu entscheiden.

Beschluss:

Der Antrag der Freien Wähler wird unterstützt.

Mehrheitlich abgelehnt Ja 6 Nein 25 Anwesend 31

3.2 Gegenantrag der FDP vom 05.09.2019 zum Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 04.09.2019 Ö 65/2019

Sachverhalt:

Mit Bezug auf den Antrag der Freien Wähler vom 04.09.2019 stellte Stadträtin Gebauer-Merx im Namen der FDP am 05.09.2019 folgenden Gegenantrag:

„Der Stadtrat von Weilheim möge beschließen, die für den Herbst 2019 vorgesehene Bürgerbefragung zeitnah durchzuführen. Diese soll als Alternativen grundsätzlich die oberirdische und die unterirdische Lösung der B2-Ortsumfahrung zur Auswahl stellen. Diese Auswahl soll keinen konkreten Trassenverlauf beinhalten, sondern den Willen der Bürger hinsichtlich eines ober- oder eines unterirdischen Verlaufs aufzeigen. Dabei sollen die möglichen Varianten der oberirdischen und unterirdischen Varianten lediglich skizziert werden. Über das Ergebnis der Bürgerbefragung soll der Stadtrat beraten und danach die bestmögliche Variante als Präferenz der Stadt gegenüber dem Staatlichen Bauamt weiterverfolgen.

Zur Begründung:

Die FDP Weilheim verfolgt seit vielen Jahren das Ziel, die Verkehrsentslastung im Stadtgebiet von Weilheim durch eine sog. Unterfahmung (meistens Tunnel genannt) der B2 zu realisieren. Grundsätzlich stimmt die FDP daher mit den FW überein, dass weiterer Flächenfraß, also versiegelte Fläche in Form von Straßenbau auf dem Gemeindegebiet der Stadt, soweit es geht verhindert werden soll und begrüßt insoweit deren Antrag.

Die Begründung der FW jedoch, nämlich ein Brief von Herrn Aiwanger, kann nicht die konkrete Weilheimer Situation lösen. Hier sind vielfältige ganz lokale Gegebenheiten zu untersuchen, die nicht mit dem plakativen Stichwort „Flächenfraß“ erledigt werden können. Es gibt ganz spezielle Weilheimer Gründe, die gegen eine der oberirdischen Varianten sprechen. Diese sind z.B.;

- Zerstörung wichtiger Naherholungsgebiete (Weilheimer Moos, Gögerl und Hardt)
- Lärmbelastung der Stadtbewohner vor allem in Ost oder West
- Verhinderung von organischem Stadtwachstum in Ost oder West und damit Erhöhung des Kostendrucks auf Bodenwerte für künftigen Wohnungs- und Gewerbebau (steigende Kaufpreise und Mieten)
- Verhinderung städtebaulicher Entwicklung, uvm.

Eine unterirdische Lösung bietet dagegen die einmalige Chance, für Weilheim eine nachhaltige Verkehrsentslastung zu schaffen.

Den Bürgern die Möglichkeit zu nehmen, über einen – von der FDP nicht gewollten – oberirdischen oder aber einen unterirdischen Trassenverlauf zu entscheiden, käme einer Entmündigung der

Weilheimer Bürger und Bürgerinnen gleich. Nur um einen gewollten Erfolg zu erreichen, halten wir es für falsch, die Entscheidungsfreiheit derart einzugrenzen.

Wichtig ist bei der binären Fragestellung der Bürgerbefragung jedoch deren ganz konkrete Ausgestaltung. Würde man lediglich alle bisher in die "Endausscheidung" geratenen Varianten zur Auswahl stellen, wird kein ausreichend eindeutiges und aussagekräftiges Ergebnis herauskommen:

- Bei der Verteilung der Stimmen auf z.B. fünf Varianten wird aller Voraussicht nach keine absolute Mehrheit erzielt.
- Insbesondere bei der Gegenüberstellung der Varianten Ost gegen West kann man von Bauchentscheidungen nach dem St.-Florians-Prinzip ausgehen. Einwohner aus dem Osten der Stadt werden voraussichtlich eher für eine Westvariante votieren. Bei denen im Westen ist es dann genau umgekehrt. Beide Gruppen verschließen sich möglicherweise den Vorteilen einer Untertunnelung usw.
- Bei den jeweiligen Untervarianten West, Ost und Untertunnelung sind die Unterschiede zum Teil schwer erkennbar. Eine Befragung dazu könnte zu ungenauen Ergebnissen führen
- Im Prozess der Bürgerbeteiligungen der letzten Monate konnten neue Erkenntnisse zu den einzelnen Varianten gewonnen werden, die eine Neubewertung der Varianten, die Hinzuziehung bisher nicht ausreichend betrachteter und sogar den Ausschluss von Varianten rechtfertigen. Eine Befragung über die bisherigen Varianten ergäbe kein vollständiges Bild

Eine Befragung grundsätzlich über eine oberirdische oder eine unterirdische Lösung vermeidet die genannten Probleme. Zudem ergibt eine binäre Frage auch eine eindeutige Mehrheit (Bewohner des Ostens und des Westens müssen sich z.B. damit auseinandersetzen, dass es sie „treffen“ könnte, wenn sie für eine oberirdische Variante stimmen).

Bei der Bürgerbefragung über eine oberirdische oder unterirdische Lösung für die Umfahrung sollten zur Illustration mögliche, machbare und akzeptable Varianten vorgestellt werden, welche vom staatlichen Bauamt in den Themenabenden vorgestellt wurden. Diese sind durch eine Unterfahrungslösung der B2 zu ergänzen.

Die bisherigen Untersuchungen der Varianten sowie die Stellungnahmen von Experten haben zudem gezeigt, dass unterirdische Lösungen machbar und finanzierbar sind.

Gleichwohl hat das Staatliche Bauamt vorgeschlagen, die Bürger der Stadt Weilheim zu den einzelnen Varianten zu befragen und dies durch unermüdlichen Einsatz bei der Informationsaufbereitung und -weitergabe und der Einbindung der Bürgerschaft und deren Interessenvertretern in Veranstaltungen, Gesprächen, Abenden hervorragend vorbereitet. Grundsätzlich gab es bis zum Antrag der FW keinen Widerstand gegen das vorgeschlagene Prozedere, das eben auch eine Bürgerbefragung vorgesehen hatte.

Wir halten eine möglichst direkte und demokratische Einbindung der Bürgerschaft zur Entscheidungsfindung insbesondere auch aufgrund des breiten Dialogs mit der Bürgerschaft sowie der intensiven Diskussionen innerhalb der Bürgerschaft für essentiell, um die Unterstützung für und das Vertrauen in ein von möglichst vielen Bürgern getragenes Jahrhundertbauwerk und -infrastrukturprojekt der Stadt Weilheim zu gewinnen.“

Über diesen Antrag ist zu beraten und zu entscheiden.

Beschluss:

Der Antrag Frau Stadträtin Gebauer-Merx wird zurückgestellt. Er wird dem Stadtrat zu gegebener Zeit erneut vorgelegt.

Mehrheitlich beschlossen Ja 29 Nein 2 Anwesend 31

4 Anfragen, Dringlichkeitsanträge

4.1 Anfragen, Dringlichkeitsanträge - Antrag der CSU-Fraktion auf "Ergänzende Berechnung der Entlastungswirkung der kurzen Westvariante bei angeschlossenen Gewerbegebieten" Ö 66/2019

Sachverhalt:

Am 9. Oktober 2019 ging der Verwaltung der „Antrag auf ergänzende Berechnung der Entlastungswirkung der kurzen Westvariante bei angeschlossenen Gewerbegebieten“ der CSU-Fraktion des Stadtrates vom 08.10.2019 ein.

Über den Antrag ist zu beraten und zu entscheiden.

Beschluss:

Dem Antrag auf ergänzende Berechnung der Entlastungswirkung der kurzen Westvariante bei angeschlossenen Gewerbegebieten wird zugestimmt.

Mehrheitlich beschlossen Ja 25 Nein 6 Anwesend 31

4.2 Bitte der CSU-Fraktion um Auskunft zur Terminplanung einer Bürgerbefragung Ö 62/2019

Mitteilung:

Mit Schreiben vom 26.09.2019 bat die CSU-Fraktion des Stadtrates um Auskunft, wie die Stadt das weitere Vorgehen zur Vorbereitung der Bürgerbefragung zur Entlastungsstraße plant.

Die Anfrage konnte im Verlauf der Stadtratssitzung bereits hinreichend beantwortet werden. Die Stadtverwaltung wird mit fachlicher Unterstützung der CIMA GmbH, in Abstimmung mit dem Staatlichen Bauamt Weilheim und in Absprache mit den Fraktionen im Stadtrat einen Entwurf für die Bürgerbefragung erstellen, der dann dem Weilheimer Stadtrat zum Beschluss vorgelegt wird. Der genaue Zeitpunkt der Abwicklung wird noch offengehalten, da erst noch die neuesten Erkenntnisse aus dem Dialogprozess berücksichtigt werden müssen und vom Staatlichen Bauamt eine überarbeitete Infobroschüre als Entscheidungsgrundlage für die Bürger/innen erstellt werden muss.

Zur Kenntnis genommen Ja 31 Nein 0 Anwesend 31

Mitteilung:

Am 15.10.2019 ging der Verwaltung die dringliche Anfrage der Stadträtin Gebauer-Merx zu.

Die Dringlichkeitsanfrage zum Thema „Nutzen-Kosten-Analyse“ des Ingenieurbüros IVV von StRin Gebauer-Merx wird vor TOP 2 behandelt.

Herr Frenzl bestätigt die Tatsache, dass der Stadtverwaltung der Untersuchungsbericht erst am Abend des 11.10.2019 (Freitag) erreichte und dieser am Vormittag des 14.10.19 (Montag) an alle Stadträte per E-Mail weitergeleitet wurde.

Herr Fritsch, Behördenleiter des Staatlichen Bauamts Weilheim, erklärt, die im „Methodenhandbuch zum Bundesverkehrswegeplan 2030“ erwähnten Module B-D sind im Rahmen der Voruntersuchung nicht erstellt worden, weil diese für die örtliche Projektbetrachtung der Entlastungsstraße in Weilheim keine Rolle spielen. Beispielsweise sei die vorliegende Umweltverträglichkeitsstudie viel präziser und auf das örtliche Straßenbauprojekt zugeschnitten. Das „Methodenhandbuch zum Bundesverkehrswegeplan 2030“ sei die falsche Anleitung für das Weilheimer Straßenbauprojekt.

Zur Kenntnis genommen Ja 31 Nein 0 Anwesend 31

Mit Dank für die gute Mitarbeit schließt Erster Bürgermeister Markus Loth um 21:45 Uhr die öffentliche Sitzung des Stadtrates - Sondersitzung Entlastungsstraße.